Unsere Parteitagsresolution (Seite 3)

1934 – 1945

Der sozialdemokratische kämpfer

ORGAN DES BUNDES SOZIALDEMOKRATISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

Nummer 9/10 – 1995 15 Schilling

Der Geist des Widerstandes muß weiterleben

Ein halbes Jahrhundert nach dem Ende des verbrecherischen Naziregimes stellt sich manchen die Frage, welchen Stellenwert die Widerstands- und Opferverbände in der Gesellschaft von heute haben. Die Widerständler aus der Zeit des antifaschistischen Kampfes und die Überlebenden der Konzentrationslager gründeten nach dem Ende des Krieges ihre Organisationen. Diese haben nach der Befreiung vom Naziterror eine wichtige Rolle gespielt: in der Aufklärung über die Schreckensherrschaft der Nazidiktatur, über die Vernichtungsmaschinerie in den Konzentrationslagern und über die Verbrechen des Hitler-Krieges in Europa. Sie waren aber auch Interessenvertretungen jener, die von den Nazis aus der Heimat vertrieben wurden und jener wenigen, die in den Gefängnissen und in den Konzentrationslagern oft gesundheitlich geschädigt wurden, aber doch überlebt haben.

Besonders die Sprecher der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, z. B. unsere unvergeßliche Rosa Jochmann, haben immer klar ausgesprochen, worum es geht: Niemals wieder darf Faschismus – ganz gleich in welcher Ausformung – in unserem Lande eine Chance erhalten. Niemals wieder dürfen Nationalismus, Antisemitismus und Rassismus die Hirne der Menschen vernebeln und ihre Herzen versteinern. Statt Verhetzung muß der Geist der Toleranz und des demokratischen Verhaltens, z. B. gegen Minderheiten, Grundsatz der modernen Gesellschaft sein.

Wenngleich gerade die SPÖ immer eine klare antifaschistische Linie verfolgte – man lese nur die Programme und Resolutionen sowie die Reden der SP-Politiker –, ganz befriedigend war es trotzdem nie, denn so mancher Funktionär glaubte, da und dort in seiner Heimatgemeinde auch deutschnationale Kameradschafts- und Turnerbündler unterstützen zu müssen. Manche Warnung der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer – sehr oft von Josef Hindels auf den Parteitagen zum Ausdruck gebracht –, wurde ignoriert, oder es hieß dann manchmal, „man solle nicht übertreiben".

Erst als Naziepigonen, wie z. B. ein Schriftsteller Fritz Stüber, im Parlament saßen und ein Naziprofessor namens Borodajkewiz in seine Vorlesungen antisemitische Passagen einbaute und bei einer darauffolgenden Demonstration ein Antifaschist zu Tode geprügelt wurde, wurde die „Gefahr von rechts" offensichtlich.

Die Gefahr war mörderisch geworden. Von da ab wurde eine Auseinandersetzung geführt, in der die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer gemeinsam mit anderen Widerstandsorganisationen, mit der Jugend und fortschrittlichen Demokraten aller Lager einen Abwehrkampf gegen die wiederauflebende rechtsextreme Agitation führten. Diese Arbeit war insofern erfolgreich, als der Verfassungsgerichtshof am Beispiel der rechtsextremen Organisation ANR entschied, daß das NS-Gesetz für alle Kandidaturen bei demokratischen Wahlen zu berücksichtigen ist.

Die Ereignisse der letzten Zeit sind gekennzeichnet durch die seit einigen Jahren von Neonazis und Rechtsextremisten, aber auch von Rechtspopulisten, geschürte Fremdenfeindlichkeit in unserem Lande. So sind auch in diesem Klima jene Terroranschläge gegen Menschen, die sich in der Frage der Integration und der Humanität besonders engagiert haben, ein gefährliches Zeichen einer wachsenden Eskalation in der rechtsextremen Szene. Es ist zu hoffen, daß das nun ablaufende Gerichtsverfahren eine Klärung über die Verantwortung für diese Mordanschläge bringen wird. Optimistisch stimmen die Gerichtsurteile in zwei Neonazi-Prozessen, bei der die Angeklagten zu hohen Strafen verurteilt wurden.

Die Widerstands- und Opferverbände haben sich immer auch für die schonungslose Aufdeckung der Naziverbrechen und gegen alle Versuche, diese zu leugnen, zu relativieren oder gegen andere Ereignisse während des Zweiten

Fortsetzung auf Seite 2

Zum neuen Parteiprogramm

Die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer werden in der Programmdiskussion urgieren, daß in das neue Parteiprogramm wieder ein Passus aufgenommen wird, wie er im geltenden Parteiprogramm 1978 unter dem Punkt 1.2. Demokratie enthalten ist:

„Die sozialistische Bewegung hat aus ihrer leidvollen Geschichte erfahren, daß es notwendig ist, den Anfängen des Faschismus zu wehren. Sie wendet sich aber nicht nur gegen Gruppen, die offen faschistisches Gedankengut vertreten, sondern auch gegen alle Versuche reaktionärer Kräfte, demokratische Rechte abzubauen oder rechtsstaatliche Garantien aufzuheben... Freiheit und Demokratie können niemals mit undemokratischen, autoritären Methoden erhalten und bewahrt werden. Deshalb müssen sie rechtzeitig und kraftvoll gegen alle Angriffe verteidigt werden."

Eine, der Zeit angepaßte, modifizierte Formulierung dieser Aussagen sollte gefunden werden.

50 Jahre Zweite Republik

Die Junge Generation Wien-Innere Stadt veranstaltete im Jüdischen Museum gemeinsam mit den Wiener Freiheitskämpfern unter dem Titel „50 Jahre Zweite Republik – 40 Jahre Staatsvertrag" eine Diskussion mit der Jugend. Auf dem Bild (von links nach rechts): Dr. Winfried Garscha, Christian Wimmer, Präsident Paul Grosz und Ing. Ernst Nedwed. Weitere Diskussionsteilnehmer waren Dr. Gabriel Lansky und Marcus Arige (Foto: Pfarrhofer).

Fortsetzung von Seite 1

Weltkrieges aufzurechnen, eingesetzt. Besonders die in der letzten Zeit nicht nur in Österreich, sondern auch aus dem Ausland kommende neonazistische Agitation zur Leugnung der Verbrechen in den Konzentrationslagern haben jene, die diese Zeit als Verfolgte erleben mußten, zu einer besonderen Aktivität herausgefordert. Und vieles ist auch mit der Unterstützung des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes und mit der Hilfe der Bildungs- und Jugendorganisationen gelungen. Bei großen Veranstaltungen haben vor allem junge Menschen die Verhöhnung der Opfer und die neuerliche Hetze gegen Minderheiten verurteilt. Besonders was die jüdischen Opfer anlangt und in der letzten Zeit auch die lange Jahre hindurch vergessenen Opfer der Romas und Sintis ist ein Umdenken in der Öffentlichkeit erreicht worden – selbst wenn es in Teilen der Bevölkerung noch immer tradierte Vorurteile und falsche Einstellungen aufgrund von Fehlinformationen und Verhetzung gibt.

Viele, die lange Jahre hindurch als Zeitzeugen und Mahner gegen den Faschismus in der Öffentlichkeit wirkten, sind heute nicht mehr unter uns. Die wenigen, die noch über die „Zeit ohne Gnade" aus eigenem Erleben sprechen können, brauchen eine Organisation, die ihnen weiterhin eine effektive Aufklärungsarbeit ermöglicht. Darüber hinaus sind neue Formen der antifaschistischen Arbeit im Entstehen. Große Manifestationen, wie das „Lichtermeer" und Veranstaltungen gegen Haß und Gewalt, haben heute die Unterstützung durch Künstler und Intellektuelle und eine große Akzeptanz unter den jungen Menschen. In dieser neuen Bürgerbewegung müssen auch die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer den Kontakt halten und aktiv mitwirken. Auch die Gedenkfahrten, Gedenkdienste, Seminare und Zeitzeugendiskussionen der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer fanden ein großes Interesse unter der Jugend. In Hinkunft sind neue Formen der antifaschistischen Arbeit im Sinne der Immunisierung gegen die rechtspopulistischen Pläne von einer sogenannten Dritten Republik zu entwickeln.

Gerade heute, wo die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen sich mit einer Schärfe, wie noch nie in der Zweiten Republik, stellen, haben Sozialdemokraten darauf zu achten, daß sie ihre soziale, aber auch antifaschistische Kompetenz wahren. Dafür brauchen wir junge Kräfte, die die Arbeit im Sinne der Widerstandsgeneration fortsetzen. Die Mitarbeiter und Mitglieder der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus sind dabei, ihre Aufgaben den neuen Bedingungen anzupassen. Dafür brauchen wir die Unterstützung der gesamten Sozialdemokratie und ihrer Organisationen. Der Geist des Widerstandes muß weiterleben!

E. N.

NS-Verbot muß jedem bekannt sein

Ein richtungsweisendes Erkenntnis für künftige NS-Wiederbetätigungsprozesse hat der Oberste Gerichtshof Ende August 1995 erlassen. Demnach muß heute jeder Österreicher grundsätzlich wissen, was nationalsozialistische Wiederbetätigung ist und daß alle diesbezüglichen Aktivitäten verboten sind. Die Ausrede von Angeklagten, sie seien juristisch nicht vorgebildet und hätten daher nicht gewußt, daß etwa das Verteilen rechtsradikaler Zeitschriften, Flugblätter usw. verboten ist, läßt der Oberste Gerichtshof nicht mehr gelten.

Die OGH-Entscheidung geht auf einen Fall aus Linz zurück, bei dem im November 1994 ein Mann wegen NS-Wiederbetätigung zu zwei Jahren Haft, davon ein Monat unbedingt, verurteilt worden war. Er hatte unter anderem Aufkleber mit der Aufschrift „Schluß mit dem Holocaust oder: Deutscher willst du ewig zahlen?" verbreitet sowie 20 Stück einer rechtsradikalen Zeitschrift an Schüler verteilt. In seiner Nichtigkeitsbeschwerde und Berufung machte er geltend, er sei mangels juristischer Ausbildung nicht imstande gewesen, zu unterscheiden, „was nationalsozialistisch ist und was nicht".

Hier stellte nun der OGH in seinem Erkenntnis klar, es genüge in einem solchen Fall das „laienhafte, allgemeine Wissen um das rechtliche Verbotensein", eine Kenntnis des Verbotsgesetzes sei nicht erforderlich. Abgesehen davon hätte sich der Angeklagte – etwa auf dem Weg über TV-Berichte – „Gewißheit" über das NS-Gedankengut in den Artikeln der von ihm verteilten Zeitschrift verschaffen können.

Vor allem aber heißt es in dem Erkenntnis des Obersten Gerichtshofes: **„Das bereits 50 Jahre (im Verfassungsrang) bestehende Verbot nationalsozialistischer (Wieder-)Betätigung ist grundsätzlich jedem erwachsenen Österreicher bekannt."** Der Hinweis, jemand habe davon nichts gewußt, könne daher keinen „Schuldausschluß" zur Folge haben. Im Fall des Verurteilten wies der OGH daher die Nichtigkeitsbeschwerde und die Berufung zurück.

Mit diesem Erkenntnis hat der Oberste Gerichtshof eine Entscheidung getroffen, die vom Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer begrüßt wird. Damit ist immer wieder in Gerichtsverfahren gehörten Ausreden ein Riegel vorgeschoben. Die Urteilsfindung in NS-Wiederbetätigungsprozessen wird mit diesem Erkenntnis wesentlich erleichtert, was für den antifaschistischen Kampf von großer Bedeutung ist.

Gegen Vergessen – für Demokratie und Menschlichkeit

Resolution, eingebracht vom Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus

Vor 50 Jahren ging mit dem Sieg der alliierten Armeen die Naziherrschaft in Österreich und in Europa zu Ende. Der Terror der Nazifaschisten und der von ihnen provozierte Zweite Weltkrieg kosteten mehr als 50 Millionen Menschen in den Konzentrationslagern, auf den Schlachtfeldern und unter der Zivilbevölkerung das Leben.

Viele Städte, die Verkehrswege und die Versorgungseinrichtungen waren 1945 zerstört. Die Menschen hungerten, und der Wiederaufbau konnte erst nach der Überwindung größter Schwierigkeiten begonnen werden. Trotzdem hofften die Menschen damals, daß eine friedliche Welt ohne Terror, Hunger und Krieg entsteht.

Heute, ein halbes Jahrhundert nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, ist festzustellen, daß wieder Kriege geführt werden, Diktaturen herrschen und der Hunger in vielen Teilen der Welt dominiert.

Österreich, eines der Länder mit hohem Lebensstandard, hat trotz seines demokratischen und sozialen Gesellschaftssystems in der letzten Zeit besorgniserregende politische Vorgänge zu verzeichnen.

Die Bombenattentate der jüngsten Zeit, die mit den ermordeten Romas den Gipfel einer politischen Verbrechensserie erreicht haben, sind ein Alarmsignal für wachsende Gefahr von rechts. Diese Gefahr wird durch ein rechtsextremes Umfeld und eine rechtspopulistische Agitation in der Öffentlichkeit verstärkt.

Das, wovor die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer schon vor Jahren gewarnt haben, ist jetzt leider politische Realität geworden. Heute gibt es wieder Rechtsextremisten, die versuchen, mit Terror Angst zu verbreiten, gibt es Neonazis, die die Zeit Adolf Hitlers verherrlichen und die Verbrechen in den Konzentrationslagern leugnen. Es gibt in Österreich aber auch Politiker, die die Grundlagen unserer demokratischen Rechtsordnung durch abenteuerliche Pläne einer „dritten Republik" destabilisieren wollen. Ihr Rechtspopulismus vergiftet das politische Klima in Österreich.

Nichts wäre gefährlicher, als vor dieser Entwicklung zu kapitulieren oder aus Opportunismus zu schweigen. Die österreichischen Demokraten sind stark genug, um diesen Rechtstendenzen mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Gerade die österreichische Sozialdemokratie, die in ihrer Geschichte wie keine andere Partei bewiesen hat, daß sie eine antifaschistische, demokratische Kraft ist, muß in der im Entstehen begriffenen Bürgerbewegung gegen Rechts aktiv und führend mitwirken.

Positiv ist festzustellen, daß in einigen Neonaziprozessen der letzten Zeit Urteile mit hohen Strafen für die Angeklagten gefällt wurden. Das sind im Vergleich zu früheren Prozessen mutige Entscheidungen, die klarstellen, daß Verstöße gegen die NS-Verbotsgesetze kein Kavaliersdelikt sind. Es ist zu hoffen, daß die Prozesse gegen die vermutlichen Drahtzieher des jüngsten Bombenterrors sowie die weiteren Ermittlungen der Behörden endlich eine Aufhellung über die rechtsextreme Terrorszene bringen.

Zu begrüßen ist auch die Ankündigung des Justizministers, die strafgesetzlichen Bestimmungen über die „Verhetzung" zu verschärfen. Eine rasche Beschlußfassung im Nationalrat ist notwendig, damit Ausländerhaß, Rassismus und Antisemitismus effektiver bekämpft werden können.

Sosehr effektive behördliche und gesetzliche Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Neonazis notwendig sind, müssen auch politische und soziale Aktivitäten verhindern, daß sich um den harten Kern der Terroristen ein Umfeld von Sympathisanten bildet. Vor allem muß die Jugend in die antifaschistische Bewegung eingebunden werden.

Im Interesse der Vorbildfunktion öffentlicher Mandatare ist es wichtig, wieder darauf hinzuweisen, daß Personen und Vereinen, die im Handbuch des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes als rechtsextrem angeführt sind, keinerlei finanzielle und organisatorische Unterstützung, vor allem nicht in der Form eines Ehrenschutzes, zu gewähren ist.

Von großer Bedeutung ist die Aufklärungsarbeit über die Verbrechen des Nazifaschismus, die Verbesserung der politischen Bildung in den Schulen und die Stärkung aller antifaschistischen Aktionen in der Öffentlichkeit. Dabei leistet das Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes eine hervorragende Arbeit, die der stärksten Unterstützung bedarf.

Die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, die als Zeitzeugen einen bedeutenden Beitrag zur Aufklärung über die Naziverbrechen geleistet haben, starten anläßlich des 50. Jahres der Befreiung die Aktion „Gegen Vergessen – für Demokratie und Menschlichkeit". Viele, die nach dem Jahre 1945 die Wahrheit über die Unmenschlichkeit des Nazismus aus eigenem Erleben und Leiden der Jugend vermitteln konnten, wie zum Beispiel die unvergeßliche Rosa Jochmann, sind nicht mehr unter uns. Es ist notwendig, daß jüngere Menschen die Stafette übernehmen und im Sinne des antifaschistischen Auftrages die Arbeit fortsetzen.

Der Bundesparteitag begrüßt die Aktion „Gegen Vergessen – für Demokratie und Menschlichkeit" und ladet die Mitglieder und Mitarbeiter der Organisationen der SPÖ ein, die wichtige Arbeit der Freiheitskämpfer zu unterstützen. Die Opfer der Verfolgten und der Widerstandsgeneration dürfen nicht umsonst gewesen sein. Es gilt in Ihrem Sinne weiterzuwirken.

„Niemals Vergessen" entsendet Zivildiener nach Majdanek

„Niemals Vergessen", ein anerkannter Trägerverein für den Auslandszivildienst, dessen Zweck die Förderung von Holocaust-Gedenkstätten ist, hat im Juli 1995 den 19jährigen Niederösterreicher **Robert Wagner** zu einem 14 Monate dauernden Gedenkdienst in das ehemalige Konzentrationslager Majdanek in Polen entsendet. Wagner, der bei der Aufarbeitung des KZ-Archivs helfen wird, wurde von Bundskanzler Franz Vranitzky verabschiedet.

Der Verein „Niemals Vergessen" wurde 1994 gegründet. Er entsendet Zivildienstpflichtige an Holocaust-Gedenkstätten, wobei er für die Dauer des Zivildienstes die Kosten für Verpflegung, Unterkunft und Versicherung übernimmt. Weitere Vereinsziele sind die

Fortsetzung auf Seite 4

Kraftwerksbau: Die KZ-Opfer vom Ennstal

50 Jahre Befreiung Österreichs vom Nationalsozialismus nahmen das „Komitee Mauthausen aktiv" und die Ennskraftwerke AG zum Anlaß, aller Häftlinge und Opfer des Konzentrationslagers Mauthausen zu gedenken, die am Bau der Kraftwerke im Ennstal arbeiten mußten. Das Kraftwerk Ternberg wurde 1945 von der VOEST Linz, die Baustelle Großraming von der OKA übernommen. Beide Energiebauten kamen erst bei der Gründung der Ennskraft 1947 in den Besitz des Unternehmens. An einem Gedenkakt in der ehemaligen Zentrumsbaracke des KZ-Nebenlagers Ternberg, die derzeit im Besitz der örtlichen Pfarre ist und als Jungscharheim dient, nahmen auch mehrere Überlebende des KZ Mauthausen und dessen Nebenlager teil. In dieser Baracke, am Kraftwerk Ternberg selbst und am Kraftwerk Großraming wurden seitens der Ennskraft Bronzetafeln zum Gedenken an die Opfer des NS-Regimes angebracht. Eine kleine Ausstellung über den Kraftwerksbau und die KZ-Außenstelle informiert über diese Zeit. Der folgende Text über den Kraftwerksbau im Ennstal ab 1941 stammt von Dr. Bertrand Perz vom Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien.

Der oberösterreichische Zentralraum Linz-Wels-Steyr wurde während der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft zu einem großen Rüstungszentrum ausgebaut. Für die großen neuen Industriebauten, vor allem das Hütten- und Stahlwerk der Reichswerke Hermann Göring in Linz, die Linzer Stickstoffwerke sowie die neuen Betriebsstätten der Steyr-Daimler-Puch AG, mußten die Energieversorgungskapazitäten entsprechend ausgebaut werden. Neben dem Bau kalorischer Kraftwerke wurde vor allem die Nutzung der Wasserkraft forciert.

KZ-Häftlinge bei der Arbeit am Kraftwerk Ternberg

Die energetische Erschließung der Enns wurde 1941/42 mit den Bauvorhaben der Staustufen Staning, Mühlrading, Ternberg und Großraming begonnen. Bei allen Großbauten der Energiewirtschaft waren, so wie auch bei anderen Industriebauten, ausländische, vorwiegend zwangsweise rekrutierte Arbeitskräfte und Kriegsgefangene eingesetzt.

Der massenhafte Einsatz von Zwangsarbeitern sollte Abhilfe bei der durch die Einberufungen zur Wehrmacht entstandenen Arbeitskräfteknappheit schaffen. Ab 1941/42 wurden auch KZ-Häftlinge als Zwangsarbeiter in der Rüstungsindustrie und bei Großbauvorhaben eingesetzt.

Großraming

Der Bau des **Kraftwerkes Großraming** durch die Kraftwerke Oberdonau AG begann im September 1942. Vier Monate später, am 14. Jänner 1943, wurden die ersten 300 Häftlinge aus dem KZ Mauthausen nach Großraming überstellt. Die Häftlinge wurden in einem neu errichteten Lager direkt neben der Baustelle, bestehend aus 14 Baracken, untergebracht. Lagerleitung und Wachmannschaften wurden von 25 SS-Angehörigen des KZ Mauthausen gestellt. Das **Lager Großraming** unterstand als Außenlager dem KZ Mauthausen. Später wurde die **Diepoldsau,** ein Unterlager des KZ Großraming, eingerichtet.

Bis Mitte 1944 waren ca. 800, danach bis zu 1017 Häftlinge eingesetzt. Die Häftlinge stammten aus vielen verschiedenen Ländern. Die größte Gruppe bildeten die Jugoslawen, daneben gab es größere Gruppen deutscher, österreichischer, tschechischer und spanischer Häftlinge.

Mit der kriegsbedingten Einstellung des Bauvorhabens Kraftwerk Großraming am 28. August 1944 wurden die Häftlinge nicht mehr benötigt und das Lager aufgelöst. 1011 Häftlinge wurden am 29. 8. 1944 nach Mauthausen rücküberstellt.

Nach der Totenstatistik der SS kamen im KZ-Außenlager Großraming insgesamt 221 Häftlinge ums Leben. Die Häftlinge starben an den Folgen von Unterernährung, schwerer Arbeit, Erschöpfung und Terror der SS. Kranke, entkräftete und somit arbeitsunfähige Häftlinge wurden laufend nach Mauthausen zurückgeschickt und gegen neue Häftlinge eingetauscht. So wurden allein im Jahr 1944 über 431 Häftlinge nach Mauthausen zurückgeschickt.

Ternberg

Der Bau der **Staustufe Ternberg** durch die Reichswerke Hermann Göring begann im Oktober 1941. Neben ausländischen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen wurden auch KZ-Häftlinge beim Bau des Kraftwerkes eingesetzt.

Nach neuesten Erkenntnissen wurde das **Lager Ternberg** am 15. Mai 1942 und nicht wie bisher angenommen, Anfang 1943 eingerichtet. Mehrere hundert vorwiegend spanische KZ-Häftlinge wurden aus dem aufgelösten KZ-Außenlager Vöcklabruck nach Ternberg überstellt. Die Zahl von 400 Häftlingen blieb bis zur Auflösung des Lagers nahezu konstant. Die Häftlinge waren in einem Barackenlager untergebracht und wurden von SS-Männern bewacht.

Mit der kriegsbedingten Einstellung des Bauvorhabens Kraftwerk Ternberg im Herbst 1944 wurde das Lager aufgelöst. Am 18. 9. 1944 wurden die 395 im Lager Ternberg festgehaltenen Häftlinge in das KZ Mauthausen gebracht.

Fortsetzung von Seite 3

Förderung der Erhaltung solcher Gedenkstätten sowie die Veranstaltung von Gedenkfahrten und Seminaren. Vorsitzender des Vereins ist **Rudolf Kaske,** stellvertretende Vorsitzende sind ÖGB-Vizepräsidentin **Irmgard Schmidleithner, Prof. Hugo Pepper** und ÖGB-Jugendsekretär **Willi Memyi.** Der Berufsschullehrer **Hannes Schwantner** ist mit der Geschäftsführung betraut.

Der Verein ist über den Vorsitzenden der Gewerkschaft Hotel, Gastgewerbe, Persönlicher Dienst (HGPD), Rudolf Kaske, an der Adresse 1010 Wien, Hohenstaufengasse 10, Telefon (0 22 2) 534 44-501 Dw., zu erreichen (Pressedienst des ÖGB).

„Arisiert" – durch Raub und Diebstahl

Die Beschlußfassung der Novelle zum 2. Kunst- und Kulturbereinigungsgesetz durch den Nationalrat im Juli 1995 (siehe „Kämpfer" 7/8, Seite 2) lenkte die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit wieder auf das unter dem Nationalsozialismus „arisierte" jüdische Vermögen. Die Wiener Politikwissenschafterin Dr. Irene Etzersdorfer, eine ehemalige Angestellte der Stiftung Bruno-Kreisky-Archiv, hat einige Fälle von „Arisierungen" im Wiener Raum genauer untersucht und diese Beispiele unter dem Titel „Arisiert – Eine Spurensicherung im gesellschaftlichen Untergrund der Republik" im Verlag Kremayr & Scheriau (Wien 1995, 208 Seiten, 40 Fotos, S 298,–) herausgebracht. Wir veröffentlichen im folgenden einen Auszug aus der Einleitung der Autorin zu diesem wichtigen Buch.

Das Wort „Arisierung" geht uns leicht über die Lippen. Wir ordnen es dem Sprachschatz der Nationalsozialisten zu und lassen es als Beschreibung eines historischen Phänomens gelten, das keinen Bezug zur Gegenwart herstellt. Im Lichte solcher Betrachtung ist längst das wahre Ausmaß dieser „Arisierung" vergessen. Im Dunkel der Kriegswirren, aber auch in der Dämmerung der Nachkriegszeit wurden die Spuren dieses gigantischen Raubzuges gut verwischt. Verloren ging dabei vor allem eines: die Relevanz der „Arisierungen" für die Geschichte unseres Landes.

Fünfzig Jahre sind seit dem Ende des nationalsozialistischen Terrorregimes vergangen. Wir haben unser schlechtes Gewissen lange mit der These besänftigt, daß der Aggressor von außen kam und daß alles hierzulande geschehene Unrecht im Auftrag eines fremden, verbrecherischen Regimes erfolgte. Hatten nicht auch die Alliierten unser Land zum ersten Opfer nationalsozialistischer Expansionspolitik erklärt und es zu einem „Sonderfall" gemacht? Doch der Blick der Alliierten war nicht auf die vorgeblich weiße Weste der Österreicher gerichtet, sondern auf große geopolitische Zusammenhänge. Dieses Wissen hinderte die Zweite Republik nicht daran, aus dem „Opferstatus" alle ihr dienlichen Konsequenzen zu ziehen. Als Staat zwischen 1938 und 1945 nicht existent, zeigte Österreich wenig Bereitschaft, seinen Anteil der Mörder an annähernd 66.000 österreichischen Juden (von einer Gesamtzahl von ca. 190.000) zu verfolgen und das seinen ehemaligen Bürgern zugefügte Leid wiedergutzumachen. Der Rechtsstaat fühlte sich mit dieser Begründung im Recht.

Gewiß, der industriell betriebene Massenmord an Millionen jüdischer Menschen und die Führung eines barbarischen Angriffskrieges waren die „großen" Verbrechen des NS-Regimes. Zweifellos ist der Verlust von Hab und Gut ein geringerer Schmerz als der Verlust des Lebens; Diebstahl und Raub gelten als geringere Delikte denn Mord. Müssen wir daher nicht annehmen, daß eine Gesellschaft, die nicht imstande war, ihre Mörder zu bestrafen, auch ihren Räubern und Dieben einen Freibrief ausgestellt hat?

Jene Argumentation, mit der die NS-Mörder ihre „Unschuld" zu beweisen suchten – und welche Gerichte und Öffentlichkeit oft genug akzeptierten –, klingt noch im Ohr. Es war die Berufung auf den Befehl.

Raub, Diebstahl, die Enteignung von jüdischen Mitbürgern, die 1938 in Wien fast zehn Prozent der Bevölkerung stellten, sind Delikte, die nicht auf Anordnung einer fremden Macht oder einem Zwang gehorchend erfolgten. Der Umgang österreichischer Bürger mit jüdischen Vermögenswerten steht in krassem Widerspruch zu den Annahmen der „Opferthese". Wer „arisierte", tat dies unter dem Schutz jener Macht, mit der die Österreicher nichts zu tun gehabt haben. Wer „arisierte", nutzte bewußt, gezielt und meist hemmungslos die extreme Zwangslage von Mitbürgern zu seinem eigenen Vorteil – sofern es nicht in freundschaftlicher Absprache mit den jüdischen Besitzern geschah; ein möglicher, aber eher seltener Weg. Wer „arisierte", stand auf seiten der Täter.

„Arisierungen" waren ein Massenphänomen

In ihrer überwiegenden Mehrheit stammten „Arisierungsanwärter" aus heimischen, meist benachbarten Regionen, auch wenn manchmal in letzter Entscheidung Günstlinge aus dem „Altreich" den Betrieb, das Haus, die Wohnung zugesprochen bekamen, gab es doch in jedem „Arisierungsfall" mehrere österreichische Bewerber. Der Andrang war groß.

„Arisierungen" waren ein Massenphänomen. Neben Geschäften und Betrieben galten vor allem Wohnungen als begehrtes Beutegut. Bedenkt man, daß in Wien zwischen 1938 und 1941 mehr Wohnungen „arisiert" wurden, als der beeindruckende soziale Wohnbau des „Roten Wien" in zehn Jahren geschaffen hatte, dann wird die Beschäftigung mit dem lange verpönten Thema zu einer Reise in den gesellschaftlichen Untergrund unseres Landes. Es ist ein Bereich unserer Zeitgeschichte, dem wir uns bis heute nicht gestellt haben.

Das Haus, der Betrieb, das Geschäft, die Wohnung nahmen eine zentrale Stellung in der Lebenswelt der Betroffenen, in diesem Fall der Opfer wie der Täter, ein. Hier befand sich jener sensible Schnittpunkt, an dem sich die Wege der Verfolger und der Verfolgten in direkter Konfrontation kreuzten, wo „kommissarischer Verwalter", „Ariseur" und „Arisierter" persönlich aufeinander trafen und der eine plötzlich die Macht in Händen hatte, das Schicksal des anderen nachhaltig mitzubestimmen. Rund um den erzwungenen Besitzerwechsel veränderte sich das Leben aller Beteiligten in entscheidender Weise; Konfiskation, Geschäftsliquidierung oder scheinlegal getarnte Enteignung stand am Beginn eines Leidensweges, der nur zu oft in den Gaskammern von Auschwitz und Treblinka endete.

„Arisierungen" bedeuteten aber ebenso den ersten Schritt schwindelerregender Karrieren ehedem kleiner Leute, die auf kein anderes Verdienst als ihre „arische" Abstammung pochen konnten. Ihr kometenhafter sozialer und ökonomischer Aufstieg in den Besitzerstand bedeutete oft schlicht den Untergang der jüdischen Opfer, manchmal auch „nur" deren finanziellen Ruin, ob vorübergehend oder auf Dauer, immer aber einen schweren Einbruch in die psychische Stabilität, von der sich manche rascher, manche nie erholten.

Das Haus, die Wohnung, der Betrieb sind also methodisch gute Schlüssel zur „Totalität" der österreichischen Zeitgeschichte; sie öffnen Türen in einen längst versunken geglaubten gesellschaftlichen Untergrund der Republik, der sich beim systematischen Freilegungsversuch nicht selten als übelriechender Morast unter einer Decke honetter Wiederaufbaukarrieren entpuppt.

Eine „Arisierung" war kein beiläufiger Akt. Sie war Teil des politischen Programmes der Nationalsozialisten, das den Opfern nicht nur den humanen Anspruch auf jegliche Privatheit entzog und sie zu Objekten öffentlicher Demütigung degradierte, sondern sie auch ihres Besitzes, ihres Berufes, ihres Lebens beraubte.

Die Mitarbeiter:

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossinnen und Genossen mitgearbeitet:

Ing. Ernst Nedwed, Bruno Liszka, Herbert Exenberger, Hans Waschek.

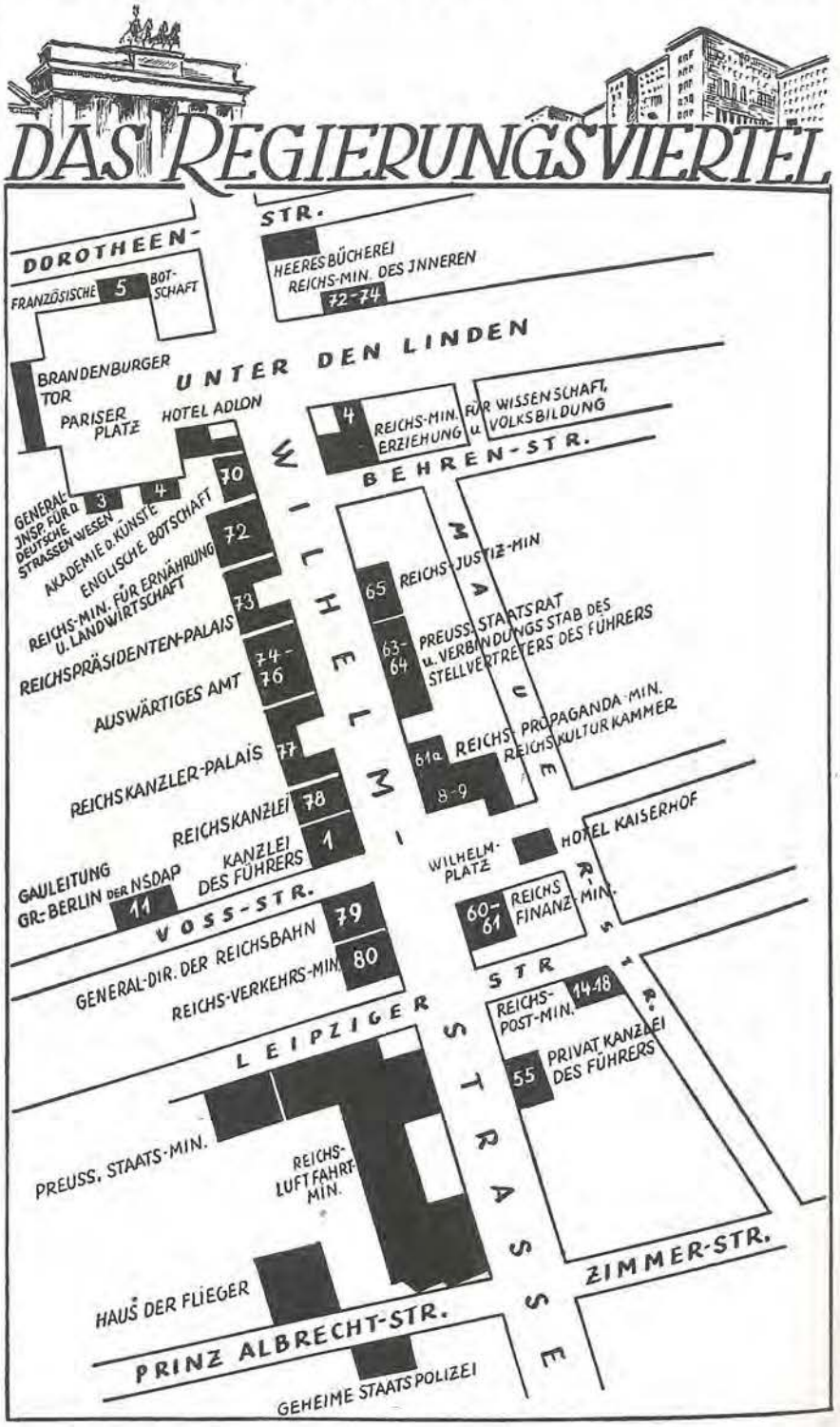
Zentrum des NS-Terrors
Das „Prinz-Albrecht-Gelände" in Berlin

Auf dem „Prinz-Albrecht-Gelände" in Berlin, einer großen unbebauten Grünfläche, an dessen Rand noch ein Teil der 1961 errichteten „Berliner Mauer" zu sehen ist, befindet sich ein kleines Gebäude, das die Dokumentation „Topographie des Terrors" enthält. Das Prinz-Albrecht-Gelände war im Dritten Reich ein Gebiet, wo „eine ungewöhnliche Konzentration von Macht und Terror auf engstem Raum" gegeben war.

Auf diesem Gebiet, das durch die Prinz-Albrecht-Straße (heute: Niederkirchnerstraße), die Wilhelmstraße und die Anhalter Straße begrenzt ist, hatten die gefürchtetsten Terrorinstitutionen des Dritten Reichs ihren Sitz: das Geheime Staatspolizeiamt, der Reichsführer SS, sein persönlicher Stab und weitere SS-Führungsämter, der Sicherheitsdienst (SD) der SS und ab 1939 auch die Zentrale des Reichssicherheitshauptamtes. Die wichtigsten Gebäude waren die ehemalige Kunstgewerbeschule in der Prinz-Albrecht-Straße 8, Sitz des Geheimen Staatspolizeiamtes (Gestapo), das ehemalige Hotel Prinz Albrecht in der Prinz-Albrecht-Straße 9 (das „SS-Haus") und das Prinz-Albrecht-Palais in der Wilhelmstraße 102, in das 1934 der Sicherheitsdienst der SS einzog und in dem Reinhard Heydrich und später Ernst Kaltenbrunner auch als Leiter des Reichssicherheitshauptamtes residierten.

Die Gestapo-Zentrale in der Prinz-Albrecht-Straße 8, die selbst in der NS-Zeit auf Stadtplänen und in Reiseführern als solche bezeichnet war, hatte auch ein berüchtigtes „Hausgefängnis", in dem brutale Foltermethoden angewendet wurden, um von den Häftlingen die von der Gestapo gewünschten Informationen zu erzwingen. Zu den Häftlingen gehörten auch zahlreiche Sozialdemokraten. Der frühere SPD-Vorsitzende (der Jahre 1946 bis 1952) Kurt Schumacher etwa wurde im „Hausgefängnis" der Gestapo vier Monate lang festgehalten. Viele Häftlinge wußten sich dem Terror der Gestapo nur durch Selbstmord zu entziehen.

Das „Prinz-Albrecht-Gelände" kann als das eigentliche Regierungsviertel des SS-Staates bezeichnet werden. Heute erinnert vom äußeren Anschein her nichts mehr an diese Gebäude und die Greuel, die in ihnen vorbereitet wurden oder die sich in ihnen abspielten. Nach 1945 wurden die nach Bombentreffern übriggebliebenen Ruinen gesprengt, und der Platz wurde völlig plan gemacht, um keine neonazistische Nostalgie aufkommen zu lassen. Die kleine Ausstellung auf dem „Prinz-Albrecht-Gelände" ist aber unbedingt sehenswert, weil sie auf zwei Geschossen eine präzise Darstellung des SS-Staates und seiner Verbrechen gibt.



Dazu wird ein 220 Seiten starker Katalogband „Topographie des Terrors" angeboten, der alle wissenswerten Einzelheiten enthält. Auf dem Gelände selbst sind nur Informationstafeln aufgestellt. Wer Berlin besucht, sollte sich das „Prinz-Albrecht-Gelände" und die Ausstellung „Topographie des Terrors" unbedingt ansehen. *H. W.*

Februar 1934 in der Provinz

Robert Streibel. Februar in der Provinz. Eine Spurensicherung zum 12. Februar 1934 in Niederösterreich. Edition Geschichte der Heimat. 1994. Taschenbuch. 198 Seiten mit Fotos. S 248,–.

Robert Streibel, ein junger Historiker aus Niederösterreich, Jahrgang 1959, ist bisher schon mit Publikationen zum Nationalsozialismus in der österreichischen Provinz, wie „Die Stadt Krems im Dritten Reich", „Die Juden der Gauhauptstadt Krems und ihre Mitbürger", hervorgetreten. Seine bisher letzte Arbeit heißt „Februar in der Provinz. Eine Spurensicherung zum 12. Februar 1934 in Niederösterreich".

Über die tragischen Ereignisse des Schutzbundaufstandes in den „roten Hochburgen" Österreichs wurde hinlänglich geforscht und berichtet. Der Autor lenkt die Aufmerksamkeit auf die Provinz Niederösterreichs und auf vier sozialdemokratische Politiker, deren Leben verändert wurde.

In Schrems im Waldviertel kam es 1934 zu spontanen Demonstrationen, die mit sich brachten, daß der LAbg. **Alois Junker** kurz befreit wurde. 1939 konnte er nicht mehr in seine Heimat zurückkehren.

Der Nationalrat **Adolf Laser** baute nach 1919 ein sozialdemokratisches Netzwerk mit Organisation und Aktivisten auf. Er nahm 1934 eine zögernde Haltung ein, galt für die sozialistische Jugend daher als „Verräter", analysierte aber für Otto Bauer den Februar 1934 im Waldviertel. Mit anderen teilte er die tragische Auffassung, am 10. April 1938 ein „Ja" zum „Anschluß" zu sagen.

Neben den beiden Obgenannten bedeutete auch für **Oskar Schwebel** sowie für **Ferdinand Strasser,** beide in St. Pölten aktiv, der Februar 1934 einen Einschnitt ins Leben.

Oskar Schwebel war bis 1934 in Neulengbach u. a. als Kultur- und Bildungsfuntionär tätig, wie auch Adolf Laser in Krems. Oskar Schwebel baute sich 1934 eine Existenz als Kaufmann im Waldviertel auf. 1938 gelang ihm die Flucht nach Mexiko.

Ferdinand Strasser, bis 1934 Kreisleiter in St. Pölten, flüchtete in die CSR, wurde ZK-Mitglied der KPÖ, ging in die Sowjetunion, kehrte 1938 illegal nach Österreich zurück, baute mit anderen eine KP-Widerstandsorganisation in Krems auf und wurde schließlich von den Nazis hingerichtet. 1935 schrieb er einen langen Brief an Otto Bauer, in welchem er die Lage der Arbeiterschaft darlegte.

Oskar Schwebel schreibt über die Zeit Februar 1934 bis März 1938 u. a. (Seite 29): „...Bekanntlich stand hinter der Heimwehrregierung Mussolini. Auf der anderen Seite führte in Deutschland Hitler einen Ausrottungskampf gegen die sozialistische Arbeiterschaft, deren Widerstand schon lange gebrochen war. Unter solchen Bedingungen war eine Erhebung gegen den Feind nicht erfolgversprechend. Immer mehr erkannten wir, daß die günstigste Zeit für einen erfolgreichen Widerstand verpaßt war und daß wir unweigerlich einer Niederlage entgegengingen – mit oder ohne Waffenerhebung..."

„...Das alles konnte natürlich nicht verhindern (Seite 39), daß bald nach dem ersten Schreck, den die Arbeiterschaft überwunden hatte, eine illegale sozialistische Bewegung entstand. Die Bewegung ging von Prag aus, wo sich die neue sozialistische Parteivertretung von Österreich gebildet hatte. Dorthin waren die meisten sozialistischen Führer geflüchtet. Und von dort zogen sie die Fäden bis Wien und zu allen großen Provinzstädten (Oskar Schwebel schätzte die Rolle der RS und des ALÖS anders ein als viele andere: gemeinhin wurde die ALÖS als beratend, die RS als bestimmend eingeschätzt, B. L.).

Neue politische Bücher

Die ‚Arbeiter-Zeitung', im Kleinformat, feierte ihre Wiederauferstehung. Auch andere illegale Propagandablätter fanden den Weg nach Österreich. Es war eine wunderbare Arbeit, die da von unseren Genossen geleistet worden ist..."

Ferdinand Strasser schreibt u. a. Folgendes an Otto Bauer (Seite 65 f.): „...Bei Ausbruch der Nazirevolte war nur der Tag des 25. Juli überraschend. Und dieser Tag war offensichtlich gewählt worden, weil die Arbeiter durch die Hinrichtung des Gen. Gerl in höchster Erregung sich befunden haben. Es war psychologisch vorzüglich gewählt. Eine Episode sei hier nur erwähnt. Nach Bekanntwerden der vollzogenen Hinrichtung begab sich ein Trupp Insassen des Znaimer Flüchtlingslagers mit Pistolen ausgerüstet, in der Nacht vom 24. zum 25. Juli an die Grenze, um an den dort diensttuenden österreichischen Organen Rache zu üben..." ... „Noch am Nachmittag des 25. Juli ordnete ich als damaliger Leiter des Lagers Znaim strengste Alarmbereitschaft an, die Sachen wurden gepackt und erwarteten wir eine ganz bestimmte Weisung. Sie kam nicht..."

„...Bitte Genosse Bauer mich nicht mißzuverstehen (Seite 73). Ich bin kein Kommunist. Zumindest noch keiner. Aber im Zusammenhang mit diesem ganzen Fragenkomplex tauchen alle diese Überlegungen bei mir immer wieder auf..."

Aus Tagebuchnotizen (Seite 137 f.) aus dem Gefängnis von Adolf Laser entnehmen wir: „...Die Massen der Arbeiter wollen von einer Versöhnung mit den Bluthunden des 12. Februar nichts wissen und lehnen jede Beteiligung an diesen Auch-Organisationen (austrofasch. Org.) ab. Gefühlsmäßig sind sie alle jetzt kommunistisch, besser besagt kravutisch und geistig in großer Verwirrung." ... „Aus Wien kamen allerhand improvisierte Zeitungen verschiedener Gruppen, die sich Febristen, sozialistische Revolutionäre, seltener offen KP nennen. Sie sind primitiv geschrieben und noch primitiver hergestellt. Sie wandern von Hand zu Hand und werden gierig verschlungen..." ... „Auch die Broschüren von Bauer und Deutsch zirkuliered in einigen Exemplaren..."

Alois Junker erzählte im Prozeß 1934 aus seinem Leben u. a. (Seite 188 f.): „...Während der Zeit, da ich Abgeordneter war, wurde ich von der Ausübung meines Lehrberufes beurlaubt. Ich hätte weiter unterrichten wollen, doch wurde dies nicht erlaubt. Ich habe lediglich mit den Führern der Landespartei Niederösterreichs Fühlung genommen, nämlich mit Helmer, Schneidmadl, Petznek, mit der Zentralparteileitung nicht. Am Linzer Parteitag habe ich nicht teilgenommen, hingegen nahm ich am letzten Parteitag in Favoriten teil. In der Partei gab es drei Strömungen, eine linke, eine mittlere und eine rechte, die sich hauptsächlich aus der Anhänger in NÖ. zusammensetzte. Man hat bereits damals eine Auseinandersetzung befürchtet. Bei dem Parteitag wurde davon gesprochen, daß die Möglichkeit bestünde, die Heimwehr könnte eines Tages bewaffnet in Wien einrücken. Auch hieß es, es drohe ein nationalsozialistischer Putsch. Die Waffen waren bloß bestimmt zum Schutz der Republik gegen einen Putsch von jedweder Seite..."

Robert Streibels Buch ist eine große Bereicherung der Literatur zum Thema „12. Februar 1934" in Österreich.

Bruno Liszka

Zausnig Josef: Der Loibl-Tunnel. Das vergessene KZ an der Südgrenze Österreichs. Eine Spurensicherung. Hrsg. v. Slowenischen Institut zur Alpen-Adria-Forschung. Mit einem Vorwort von Peter Gstettner. Klagenfurt/Celovec: Drava Verl. 1995. 175 S. (Dissertationen und Abhandlungen, Bd. 37).

Unbekümmert fährt man heute durch den Loibl-Tunnel nach Slowenien, und kaum einer weiß Bescheid über die täglichen Schindereien, denen viele KZ-Häftlinge beim Bau dieses Grenzüberganges ausgesetzt waren. Durch eine Lehrveranstaltung an der Universität Klagenfurt erfuhr der Pädagogikstudent Josef Zausnig erstmals vom Außenlager Loibl des Konzentrationslagers Mauthausen. Nun liegt seine Diplomarbeit über das „vergessene KZ" im Süden Kärntens vor, über deren Spurensicherung Peter Gstettner in seinem Vorwort ausführt: „Wenn die Menschen die Erinnerung daran nicht aufbewahren und

Fortsetzung auf Seite 8

DVR:0029106/FK/454/919
FRAU
GERLINDE SCHWANTNER
DARINGERG.14/25/6
1190 WIEN

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt Wien 1010 **P.b.b**

Wenn unzustellbar, bitte zurücksenden an den Absender

Fortsetzung von Seite 7
nicht sichtbar machen, die Natur erinnert nicht daran, sie läßt Gras darüber wachsen, sie verwischt die Opfer- und Täterspuren in gleicher Weise." Während das Gelände des ehemaligen KZ Loibl-Süd auf slowenischer Seite eine würdige Gedenkstätte ist und unter Denkmalschutz gestellt wurde, entfernte „Mauthausen-Aktiv Kärnten/Koroska" am 10. Juni 1995 das Gras des Vergessens, 50 Jahre nach der Befreiung vom NS-Regime, und enthüllte informative Gedenktafeln hinter dem österreichischen Grenzgebäude über das KZ Loibl-Nord. Gleichzeitig stellten diese Kärntner Antifaschisten eine sehenswerte Ausstellung über die Sklavenarbeit der KZ-Häftlinge beim Bau des Loibl-Tunnels zusammen, und auch die lesenswerte Diplomarbeit zu dieser Thematik von Josef Zausnig lag rechtzeitig als gedruckte Publikation vor. Durch umfangreiche Recherchen und die Auswertung von Gesprächen mit Betroffenen – KZ-Häftlingen, Bauern aus dieser Gegend und Zivilarbeitern – gestaltete der Autor ein plastisches Bild über die Zwangsarbeit von KZ-Häftlingen aus verschiedenen Ländern Europas beim Bau des Loibl-Tunnels unter dem täglichen Terror der SS. Eine Chronologie der Loibl-Konzentrationslager, Faksimile und Fotos ergänzen diese wichtige Studie über ein Außenlager des Konzentrationslagers Mauthausen. H. E.

Stinatz: Gedenkfahrt nach Mauthausen

Anläßlich des Gedenkjahres „50 Jahre Ende des Zweiten Weltkrieges" und des Bombenterrors in unserer Gemeinde Stinatz haben das Kulturreferat (Gemeinderätin **Lidwina Zsifkovits**) und das Jugendreferat (**Hans Grandits**) eine Gedenkfahrt in das ehemalige Konzentrationslager Mauthausen organisiert. An der Fahrt nahm auch **Bgm. SPÖ-Ortsvorsitzender Fred Grandits** teil. Die vorwiegend jugendlichen Teilnehmer waren von der Führung tief beeindruckt und erschüttert. Einig waren sich die Teilnehmer, daß eine solche Zeit nicht wiederkehren darf.

Gegen Vergessen – für Demokratie und Menschlichkeit

Beitrittserklärung

Ich erkläre meinen Beitritt zum Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Wien 1., Löwelstraße 18

Name: ..... Geb.-Datum: .....

Adresse: ..... Bez.-Org.: .....

Beruf: ..... SPÖ-Mitglied seit: .....

....
Datum Unterschrift

Die Beitrittserklärung ist an das Sekretariat der Freiheitskämpfer, Wien 1., Löwelstraße 18, bzw. an das zuständige Bezirkssekretariat zu senden.

Gedenkstein im KZ Flossenbürg

Vor mehr als tausend Gästen, unter ihnen eine große Anzahl ehemaliger Häftlinge – unser Genosse **Leo Mistinger** war dabei –, Sozialdemokraten aus Tschechien, Vertreter der Seliger-Gemeinde, Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten und Repräsentanten der Israelitischen Kultusgemeinde wurde im Frühjahr 1995 auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Flossenbürg von SPD-Landesvorsitzender **Renate Schmidt** ein Gedenkstein enthüllt.

Wir gratulieren im September und Oktober

Zum 75. Geburtstag: Heinrich **Salfenauer,** Sbg.; Leopoldine **Feichtinger,** OÖ; Ludwig **Bübestinger,** OÖ; Franz **Bauer,** Wien; Johann **Vavra,** Wien; Josef **Jonas,** Wien; Erich **Prischl,** NÖ; Edward **Steinitz,** Wien; Hans **Denk,** Wien; Hansie **Fiegl,** Wien; Leopold **Wiesinger,** Wien; Margareta **Mottl,** Wien, Karoline **Killer,** Wien; Hedwig **Schossmann,** Wien; Josef **Treiber,** Wien; Karl **Hauptmann,** Bgld.; Anna-Maria **Praschl,** OÖ; Rosa **Hajek,** Wien.

Zum 80. Geburtstag: Karoline **Wirth;** Wien; Franz **Kobza,** Wien; Emma **Fischer,** Wien; Karl **Galgoczy,** Wien; Anne-Marie **Deutsch,** Wien; Elisabeth **Strohmayer,** Bgld.; Maria **Riegler,** Wien.

Zum 85. Geburtstag: Jakob **Pulverer,** Ktn.; Margit **Czernetz,** Wien; Maria **Hadl,** Wien; Helene **Stirnemann,** Wien; Dipl.-Ing. Friedrich **Grassinger,** Wien; Franz **Oppenberger,** Wien; Kurt **Schreier,** Wien; Otto **Hlava,** Wien.

Zum 90. Geburtstag: Karl **Samek,** Wien.

Zum 91. Geburtstag: Josef **Schlager,** NÖ; Emilie **Waste;** Ktn.; Maria **Fuchs,** Sbg.; Käthe **Schieder,** Wien; Theresia **Lindner,** Wien; Leopoldine **Moser,** Wien.

Zum 92. Geburtstag: Richard **Grohs,** Wien; Wilhelm **Drechsler,** Wien; Marie **Kumpf,** Wien; Franz **Pfannhauser,** NÖ.

Zum 93. Geburtstag: Adolf **Proschek,** Wien; Emmerich **Amsüss,** NÖ; Leopoldine **Pfeiffer,** NÖ.

Zum 94. Geburtstag: Friedrich **Schönauer,** NÖ; Josef **Echl,** Wien; Therese **Jagersberger,** Ktn.; Karl **Koch,** Wien.

Zum 95. Geburtstag: Franziska **Kloiber,** OÖ.

An unsere Leser!

Redaktionsschluß für die Nummer 11/12 ist der 31. Oktober 1995.

Medieninhaber und Herausgeber: Bund sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Wien 1, Löwelstraße 18, Telefon 534 27-0. Hersteller: Bohmann Druck und Verlag Ges. m. b. H. & Co. KG., 1110 Wien.